

Kommunale Verwaltungen und der Umgang mit EU-Regelungen am Beispiel der EU-Dienstleistungsrichtlinie vom 12.12.2006 - SWOT-Analyse

*Kolja Berengar Becher



Die vorliegende Bachelor-Arbeit thematisiert die Möglichkeiten von kleineren Kommunen zur Verbesserung bei der Umsetzung von EU-Gesetzgebung. Im Speziellen wird dabei die EU-Dienstleistungsrichtlinie mit dem Schwerpunkt Einheitlicher Ansprechpartner unter Zuhilfenahme der SWOT-Analyse evaluiert. Anschließend werden Optimierungsvorschläge unterbreitet.

Ausgangslage

Bis zu zwei Drittel aller EU-Regelungen betreffen mittlerweile die kommunale Ebene unmittelbar oder in der Weise, dass EU-Recht vor Ort umgesetzt und angewandt wird. Die lokalen Gebietskörperschaften müssen auf Vorgaben aus Brüssel immer öfter reagieren, was Expertise erfordert. Europapolitik ist inzwischen in vielen Bereichen Kommunalpolitik und Kommunalpolitik ist Europapolitik.

Auch die EU-Dienstleistungsrichtlinie (EU-DLR) ist eine solche Regelung. Diese Bachelor-Arbeit untersucht die Umsetzung der EU-DLR am Beispiel von 81 niedersächsischen Kommunen unter 100.000 Einwohner.

Exemplarisch wird die Implementierung des Einheitlichen Ansprechpartners analysiert, der einen wesentlichen Kern der EU-DLR darstellt.

Ziel und Methoden

Diese Bachelor-Arbeit gibt zunächst einen Überblick über den politischen Hintergrund zur EU-DLR, den aktuellen Forschungsstand sowie die Relevanz des Projekts.

Sodann folgen zwei Online-Surveys, die mit dem Umfrage-Tool (questback) erstellt wurden und die mit einer Rücklaufquote von ca. 30 % an die ausgewählten niedersächsischen Kommunen verschickt wurden. Die Ergebnisse dieser beiden Umfragen wurden mit questback aufbereitet und mit der Methode der SWOT-Analyse eingeordnet. Ziel war es,

Optimierungspotenzial für kleinere Kommunen herauszuarbeiten und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten.

Ergebnisse

Das wohl überraschendste Ergebnis war, dass sich der Einheitliche Ansprechpartner in Niedersachsen mangels Frequentierung (noch) nicht bewährt hat.

Um dieser europäischen und wirtschaftspolitisch interessanten Institution zum Durchbruch zu verhelfen, wären nach Auswertung der Fragebögen verschiedene Möglichkeiten gegeben.

Es wurde angegeben, dass vom Land Niedersachsen bei der Implementierung der Einheitlichen Ansprechpartner keinerlei Unterstützung bereitgestellt wurde. Hier besteht ein nicht unerhebliches Optimierungspotenzial.

Es könnten für Kommunen obligatorische Schulungen bedarfsgerecht durch dafür ausgebildete Mentoren durchgeführt werden, z.B. im Bereich EU-Recht und Fremdsprachen, etc. Dies würde dazu führen, dass die Kommunen von Beginn an mehr in den gesamten Prozess der Umsetzung involviert wären. Auch könnten Europabeauftragte in den Kommunen ausgebildet werden.

Mehr Werbung für die EU-DLR und den Einheitlichen Ansprechpartner wäre letztlich auch eine Option, den Bekanntheitsgrad bei potenziellen Dienstleistern zu erhöhen.

BetreuerInnen: Anne Herrmann, LL.M., Prof. Dr. Frank Altemöller

Studiengang: Europäisches Verwaltungsmanagement (B.A.)

Keywords: EU-Dienstleistungsrichtlinie, Einheitlicher Ansprechpartner, kommunale Verwaltung